

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Hauptredaktion: Nr. 20011
Schulstr. 1, Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-N. 1, Hauptstr. 25/26

Bezugspreis vom 1. d. M. 20. November 1928 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1,70 Mk.
Wochensatzpreis für Monat November 5,40 Mk. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 20 mm breite Zeile
25 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außer-
halb 25 Pf., die 20 mm breite Zeile 300 Pf., außerhalb 350 Pf. Offertengebühr 50 Pf.
Kundentage gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neudruck & Reichardt,
Dresden, Volkshaus-Str. 10/11
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachdr.) ausl. Verlagsanstalt
Schreibweise werden nicht aufbewahrt

Blutiger Bauernaufstand in Rußland

Zahlreiche Tote auf beiden Seiten

Rote Truppen greifen ein

Warschau, 27. Nov. Wie der „Kurjer Poranny“ sich über Warschau melden läßt, ist es in der Umgebung von Wite in Sowjetrußland zu einem Bauernaufstand gekommen. An der Spitze der antikommunistischen Bewegung, die schon lange im geheimen gewährt und die Sowjetbehörden terrorisiert habe, stehe ein gewisser Puchalski. Der bewaffnete Aufstand richtete sich direkt gegen die örtlichen Sowjets und ihre Beamtenschaft.

Überall seien die Häuser verbrannt und die Sowjetgebäude zerstört worden. Im Dorfe Garbow habe man alle Kommunisten ermordet.

In anderen Dörfern hätten ausländische Bauern die Sowjetbeamten mißhandelt und zum Teil erschossen. Die Regierung habe darauf G.P.U.-Truppen aufgeschickt. Es sollen 80 Personen, darunter auch der Führer, verhaftet worden sein, wobei es zu blutigen Kämpfen gekommen sein soll. Auf beiden Seiten der Bauern seien viele Tote und Verwundete zu verzeichnen.

Diese Kämpfe kommen keineswegs unerwartet. Schon seit längerer Zeit wuchs die Erregung, namentlich unter den russischen Großbauern, den sogenannten Kulaken, gegen die Sowjetregierung. Die Moskauer Nachrichten hielten es nämlich an der Zeit, durch sozialistische Experimente auch die bis jetzt auf der Grundlage des Privateigentums aufgetaute russische Landwirtschaft grundlegend zu ändern. Man wollte an Stelle der privaten Einzelwirtschaft andere Kollektivgüter setzen, die gemeinsam von den bisherigen Eigentümern bewirtschaftet werden sollten, wobei dem landlosen Tagelöhner die gleichen Anteile am Ertrag zustehen sollten, wie den Kulaken.

Gegen diese Sozialisierungsprojekte setzten sich die Großbauern selbstverständlich zur Wehr und weigerten sich, Kollektivwirtschaften zu gründen. Die Sowjetregierung konnte zunächst, um die Ernährung der Städte nicht zu gefährden, nicht durch gewalttätige Sozialisierungsdekrete vorgehen. Sie wählte einen anderen Weg. Sie verbot den Großbauern durch das Mittel der Steuer gefällig zu machen. Im Gegensatz zu den erträglichen Steuern der ganz kleinen Landbesitzer wurden die Steuern der Kulaken ins Unerhörte gesteigert, um sie auf diesem Wege den Sozialisierungsbestrebungen der Regierung zugänglich zu machen.

Die Folge dieser Sowjetmethoden war eine wachsende Erregung unter der Bauernschaft. Die vorliegende Meldung über den Aufstand ist ein Symptom dafür, daß der russische Bauer keineswegs gewillt ist, seine Scholle durch marxistische Wirtschaftsexperimente einzubüßen.

Polnische Friedensbeteuerungen

Warschau, 26. Nov. Der „Kurjer Gierwony“ läßt sich aus Berlin melden, daß die deutsche Presse sich in verstärktem Maße bemühe, die Welt wegen der angeblich Ostpreußen drohenden Gefahr zu alarmieren. Man habe es hierbei mit einer maskierten deutschen Offensiv- und polnischen Frontabsicht zu tun, die die entscheidende diplomatische Schlacht wegen der Räumung des besetzten Gebietes vorbereiten solle.

Wieder ein Falchist in Frankreich ermordet

Paris, 27. Nov. Am Montag wurde ein 42 Jahre alter Italiener namens Culaglia von unbekannten Tätern durch drei Revolvergeschosse niedergestreckt. Man glaubt, daß Culaglia, der vor 2½ Monaten aus Mailand eingetroffen war, falchistischer Agent war und der Sache politischer Gegner zum Opfer gefallen ist.

Le Rond in Belgrad

Berlin, 27. Nov. Wie aus Belgrad gemeldet wird, trat der französische General Le Rond, dessen Name in letzter Zeit mit Vätern eines antidolchewitschen Bloks der Tschechen in Verbindung gebracht wurde, in Belgrad ein und wurde vom König empfangen.

Fochs Mitarbeiter gestorben

Berlin, 27. Nov. Wie aus Paris gemeldet wird, ist der Generalstabchef des Marschalls Foch, General De Kiere, gestorben. De Kiere war als Nachfolger General Belandais die längste Zeit des Krieges hindurch einer der vertrautesten Mitarbeiter Fochs. Er hatte erst kurzlich, seines kritischen Gesundheitszustandes wegen, seinen Abschied eingereicht.

Die Krankheit des englischen Königs im entscheidenden Stadium

Berlin, 27. Nov. Wie aus London gemeldet wird, darf der kranke König seinen Besuch empfangen. Das Andringen eines Anschlagverbreites im Buckingham-Palast für die Veröffentlichungen von Krankheitsberichten, sowie die Kundenlangen Konferenzen des Innenministers mit den Beamten der Posthaltung deuten an, daß die Krankheit eventuell heute ihren kritischen Punkt erreichen wird, und daß überraschende Wendungen jederzeit möglich sein können.

Das über den Krankheitsverlauf des englischen Königs ausgegebene Bulletin lautet: Der König verbrachte seinen angenehmen Tag. Die Temperatur beträgt 100,6 Grad Fahrenheit (38,1 Celsius), aber die Erkrankung der Lunge hat sich nicht weiter ausgebreitet und die Widerstandskraft des Patienten ist ungeschwächt.

Rückkehr zu Versailler Methoden

Gefährlicher Optimismus in der Wilhelmstraße

Berlin, 27. Nov. Die Pariser Meldung, daß die französische Regierung auf dem Standpunkt steht, für die Ernennung der Sachverständigen sei die Reparationskommission zuständig, hat in Berlin wie eine Bombe eingeschlagen. Selbst ein so gemäßigtes Blatt wie die „Germania“ nimmt in schärfster Ausdrucksform gegen die französische Methode Stellung. Mit einem Schlags, so meint sie, suche Frankreich jetzt wieder die Reparationskommission in den Vordergrund zu stellen, der die Regierung den Ernennungssatz für die Sachverständigen überlasse. Mit diesem Schritt suche Frankreich die Konstitution des Sachverständigenausschusses einer Kommission zu übertragen, die aus dem Versailler Vertrag resultiere. In dieser Maßnahme müsse

eine verhängnisvolle Verbiegung der Grundlage gesehen werden, die den Arbeiten des Sachverständigenausschusses zugedacht gewesen sei.

Darüber hinaus würde sie eine Preisgabe der ganzen Entwicklung darstellen, die seit den Zeiten der Inflation von den Methoden eines einseitig schuldigen Staates zum Prinzip einer sachlichen Abschätzung der Zahlungsfähigkeit des Schuldnerstaates geführt habe. Nach dem Inhalt der Genfer Vereinbarungen und den Umständen, welche ihren Abschluß begleiteten, müsse als selbstverständlich angenommen werden, daß alle Mitglieder des vorgelegenen Sachverständigenausschusses in voller Gleichberechtigung an den Arbeiten teilnehmen würden. Der plötzliche Besuch Frankreichs, den Sachverständigenausschuss zu einer Unterkommission des Versailler Vertrages zu degradieren, bedeute eine Preisgabe des Gedanken, der dem Genfer Vorschlag zugrunde gelegen habe. Glaubt man, so fragt das Blatt, noch im Januar des kommenden Jahres Deutschland vor einen Ausschuss laden zu können, für dessen Zulassung nicht seine freiwillige Zustimmung eine wesentliche Vorbedingung ist, und welche Stelle soll die Ernennung der deutschen Delegierten ausprechen, wenn die Delegierten der ehemaligen Alliierten von der Reparationskommission ernannt werden. Wenn die französische Regierung bei ihrer Auffassung bleibt, daß die Sachverständigenkommission ihren Auftrag nicht unmittelbar von den beteiligten Regierungen erhält, sondern von einer Kommission der Alliierten, so ist keine Möglichkeit abzulehnen, wie sich die deutsche Regierung an den Arbeiten unter Wahrung ihrer Würde und ihres Rechtes beteiligen könnte.

Diese Stellungnahme des führenden Zentrumsblattes befindet sich allerdings in einem seltsamen Gegensatz zu der Meinung amtlicher Stellen, wo offenbar die ganze Tragweite des französischen Schrittes noch nicht in ihrem ganzen Umfang abgesehen wird.

Man glaubt in der Wilhelmstraße, daß sich die Einschaltung der Reparationskommission zunächst nur auf einen formalen Akt, nämlich den der Ernennung bezöge. Deutschland könne gegen diesen formellen Ernennungssatz nichts einwenden. Es würde sich, falls die Sachverständigen die Tatsache richtig wiedergebe, dann um eine Art Dreiteilung bei der Ernennung der Sachverständigen handeln. Die alliierten Mächte, soweit sie an den Genfer Verhandlungen beteiligt waren, würden ihre Sachverständigen nominieren. Deutschland würde die Deutschen nominieren, und wer die amerikanischen Sachverständigen nominieren würde, siehe noch nicht fest, doch würde es wohl auf irgend ein Kompromiß hinauslaufen. Diese Formalitäten will man offenbar in der Wilhelmstraße den alliierten Regierungen ruhig anerkennen. Man erklärt aber gleichzeitig, daß, sobald die Reparationskommission über den formalen Ernennungssatz hinausginge, d. h. wenn sie in den Verlauf der Verhandlungen, in die unabhängige Arbeitsweise der Sachverständigen eingreifen würde, sich dann

für Deutschland eine sehr ernste Situation ergäbe und man sich dann mit der Frage zu beschäftigen hätte,

Die Zeppeinfahrt zum Nordpol

Berlin, 27. Nov. Wie vom Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wurde, traten heute um die Mittagszeit unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers, Friedrich Raue als Vorsitzender der Gesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff „Aero-Arktis“, Dr. Hugo Eden er als Vertreter des Luftschiffbauers Zepelin und einige andere führende Sachverständige sowie der berühmte Geograph Prof. Penck an Beratungen über die Verwendung des deutschen Zepellinluftschiffes für Nordpolfahrten zusammen. Das Reich habe sich, als es seinerzeit Subventionen für das Luftschiff gewährte, ausbedungen, daß das Luftschiff für die „Aero-Arktis“ zwei Fahrten unternehmen müsse. Diese sollten im Jahre 1929 stattfinden. Inzwischen glaubt aber die Aero-Arktis, das Unternehmen um ein Jahr, und zwar auf 1930, verschieben zu lassen. Die hiesigen Beratungen sollen nun endgültig die Termine festlegen und zu Beschlüssen über die Zeppeinfahrten in der Arktis kommen.

Der Ruf nach der Großen Koalition

Berlin, 27. Nov. Den Bemühungen des Reichsfinanzministeriums im Verein mit den anderen Reichsressorts ist es gelungen, das gewaltige Defizit des neuen Reichshaushalts für 1929 von 600 auf 500 Millionen herabzubringen, und zwar durch Umgruppierungen und Abschnitte innerhalb des Staatshaushaltsplanens immer dringender das Justizbedürfnis einer auf fester Koalitionsmäßiger Bindung beruhenden Reichsregierung erforderlich, weil man kaum das Ergebnis unternehmen kann, den Haushaltsplan in seiner jetzigen Form vor dem Reichstag zu bringen, ohne die Gewähr zu haben, daß eine Mehrheit für die Regierung bereit ist, die erforderlichen Wechselaufnahmen auf steuerlichem Gebiete, die die Reichsregierung vorschlagen muß, zu bewilligen und zur Annahme zu bringen. Aber auch auf dem bedeutenden Gebiet der Steuervereinfachungsmaßnahmen würde das Fehlen einer geschlossenen Regierungskoalition jede positive Arbeit im Reichstag unmöglich machen.

Das Erfordernis zur Beseitigung der schlechten Finanzlage

Nachdem jetzt das Reichskabinett auch offiziell beschlossen hat, seine vom Reichsrat auf dem Gebiete der Haushaltssteuer, der Beamtenübernahme usw. stark veränderte Vorlage doch zusammen mit den Reichsratsbeschlüssen als Doppelvorlage dem Reichstagsplenarium zu unterbreiten, würde es leicht möglich sein, daß aus tatsächlichen Gründen dieses ganze Steuerreformwerk zu Fall kommt, wenn nicht einmal die Parteien der Großen Koalition zu ihm stehen. Bereits in den nächsten Tagen wird das Steuervereinfachungsgebot an den Reichstag gehen, und es ist registriert, daß man in parlamentarischen Kreisen so optimistisch ist, unter Berücksichtigung namentlich des Ausganges der vorkriegsparteilichen Tagung anzunehmen, daß zunächst auch ohne feste formale Bindung die Parteien der Großen Koalition mit der Regierung einen Weg zu gemeinsamem Vorgehen in aller Eile finden werden.

Der Reichskanzler bei Hindenburg

Berlin, 27. Nov. Der Reichskanzler hat den Reichspräsidenten aufgesucht, um mit ihm die politische Lage zu besprechen. Der Reichskanzler hat dabei darauf hingewiesen, daß die Regierung für ihre weiteren gesetzgeberischen Arbeiten einer festen Koalition bedürftig sei. Nach Mitteilungen des Blattes ist der Reichspräsident mit dem Bemühen um die Große Koalition einverstanden. Der Reichskanzler hat den Reichspräsidenten gleichzeitig über die Lage im Ruhrkonflikt unterrichtet.

Das Hamburger Hafengebiet unter Wasser

Hamburg, 27. Nov. Der Sturm ist abgeklaut, aber der Hafen weist immer noch Hochwasser auf. Der Wasserstand erreichte eine Höhe von 6¼ Meter über Hamburger Null. Die tiefergelegenen Straßen am Hafen sind seit gestern nachmittag vollständig überflutet. Städtisch Schwamm vielfach in den überfluteten Straßen umher.